

päischen Landes Frieden brucht. Ich habe verucht, die französische Nation von der Aufrichtigkeit von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas führte der Kanzler auf folgende Ursachen zurück:

- 1. Heberindustrialisierung der kleinen neuen Staaten; 2. Rückgang der Kaufkraft in China und Indien; 3. übertriebene Zolltarife in der ganzen Welt und 4. künstliche Leitung des Flusses der Zahlungen infolge von Deutschlands Reparationsverpflichtungen.

Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen unterhalte, dann könne man sehr häufig freilich gegen den Friedensvertrag. Den Kommunismus bezeichnet er als Deutschlands größte innere Gefahr.

Der Kanzler hat zum ersten Male den Schleier, der über den konkreten Internas der Europagegründe, die Staatsmänner geführt haben, gelegt wurde, geliftet. Seine Äußerungen auf einer neuen Europakonferenz, die internationalen Freiheit für die gleichen Warenkategorien festzulegen, die industrielle und kommerzielle Kontinuität zu unterbinden, die zu hohen Zölle neu zu regeln, sind von ihm bereits bei seinen Gesprächen mit dem englischen, französischen und italienischen Regierungschef sehr eingehend erörtert und ihre Dringlichkeit verstanden worden. Man kann nur hoffen, daß nach der Genfer Zusage das deutsch-französische Gespräch, das in Paris so erfolgreich angebahnt werden konnte, mit etwas mehr Schwung fortgeführt wird. Deutschland wie Frankreich, Europa und die Welt sind auf Frieden und auf Zusammenfluß gegen die Not angewiesen.

Bankaufsicht kommt.

Beratungen über eine Staatsaufsicht. Berlin, 15. August.

Der Wirtschaftsausschuß des Reichstags unter Beteiligung der Reichsbank wird in der nächsten Woche unter Hinzuziehung eines kleineren Kreises von Sachverständigen aus der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft die Entscheidung der Fragen vorbereiten, die sich in Verfolg der von der Reichsregierung für die Danabank sowie für die Dresdener Bank ergriffenen Maßnahmen ergeben, einschließlich einer Aufsicht über das deutsche Bankwesen.

Das Reichsamt für den 22. August abend zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der die bekannten Wirtschaftsprüfer weiter beraten wurden. Zu den Verhandlungen über den Schenkungsvertrag erteilte, daß es noch nicht bis zum Tag dauern wird, bis die Vorlage vom Kabinett übergeben werden kann.

Die Baseler Verhandlungen.

Neue Vorstöße des Stillhaltekonjunktiums. Basel, 15. August.

Die im internationalen Stillhaltekonjunktium vereinigten Bankiers haben sich über einen einheitlichen Vorschlag hinsichtlich der Bedingungen, unter denen eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite an Deutschland bewilligt werden soll, geeinigt. Die Verhandlungen mit den deutschen Bankiers werden sofort aufgenommen.

Verzögerung des französischen Besuchs.

Das Befinden Briands noch nicht zufriedenstellend. — Berlin, 15. August.

Wie aus Paris verlautet, wird der geplante französische Ministerbesuch wegen des noch nicht hinreichend gestiegenen Gesundheitszustandes von Briand nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, bereits in diesem Monat stattfinden, sondern erst im September.

Ueber die Vertagung des Berliner Besuchs hat der französische Ministerpräsident Laval ein mit dem deutschen Vorkanzler v. Hoefeld vereinbarte Kommuniqué der Presse übergeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß der 26. und 27. August als Datum für die Berliner Reise vorgeschlagen gewesen sei.

Die Verzögerung.

die über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand befragt worden seien, hätten zwar mit der lebhaftesten Befriedigung die Fortschritte festgestellt, die jeder Tag zur vollständigen Wiederherstellung des Außenministers bringe. Sie hätten jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm nicht vor seiner Abreise nach Genf eine Unterbrechung seiner für einen Monat anberaumten Kur gestatten könnten.

Da Ministerpräsident Laval und Vorkanzler Hoefeld darin übereinstimmen, daß eine Teilnahme Briands an dem Berliner Besuch unerlässlich sei, haben sie darüber einig, daß die Reise auf ein Datum verschoben wird, das so nahe wie möglich nach dem Ende der Völkerverbundtagung liegt.

In einem telefonischen Gespräch mit Reichskanzler Brüning hat Ministerpräsident Laval noch einmal sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht zu dem ursprünglich beabsichtigten Datum nach Berlin begeben könne. Er hob hervor, daß es sein schärfster Wunsch sei, die in Paris eingeleiteten Verhandlungen sobald als möglich fortzusetzen.

Der Einbruch der Absage in Berlin.

In Berliner politischen Kreisen ist die Mitteilung, daß Laval und Briand zunächst noch nicht nach Berlin kommen können, mit lebhaftem Bedauern aufgenommen worden. Man hat natürlich Verständnis dafür, daß der Gesundheitszustand Briands die Reise noch nicht so schnell zuläßt, die bei dem hohen Alter des Außenministers natürlich nicht ohne Strapazen sein würde. Ausdrücklich wird betont, daß politische Gründe bei der Absage keine Rolle spielen.

Die Verzögerung des Berliner Besuchs.

Französische Pressekommentare.

Die gefamte Morgenpresse veröffentlicht die Erklärungen des Ministerpräsidenten Laval über die Vertagung der Berliner Reise der französischen Minister unter besonderer Betonung der Gründe, die Briand veranlassen, um einen Aufschub zu erlangen. Auch über die telefonische Aussprache zwischen Brüning und Laval wird berichtet, und der herzliche Charakter dieser Aussprache von einer Anzahl Zeitungen hervorgehoben.

Der offiziöse „Veit Paritäten“

schreibt, man dürfe nicht vergessen, daß Reisen wie die von Paris nach Berlin keine Erholungsreisen seien. Die Verhandlungen, die zwischen zwei Ländern wie Deutschland und Frankreich geführt würden, gehörten nicht zu denen, die ohne eingehende Vorbereitung eingeleitet werden könnten. Um am 25. August nach Berlin zu reisen, hätte Briand wenigstens am 23. August zum Quai d'Orsay zurückkehren müssen. Würde durch diese frühere Rückkehr nicht die Gefahr entstehen, fragt das Blatt, die unbefriedigenden Ergebnisse der Kur in Frage stellen, einer Kur, die Briand, und der herzliche Charakter dieser Aussprache von einer Anzahl Zeitungen hervorgehoben.

„Deuere“

meint, etwas spätere Unterhandlungen, die zweckentsprechend vorbereitet seien, seien besser, als liberale, aber rein formale Unterhandlungen. Dabei werde jeder auf seine Rechnung kommen.

„Populaire“

äußert sich über die Gründe der Verzögerung skeptisch. Das Blatt fragt, ob der für die Verzögerung angeführte Grund einleuchtend sei? Man begreife kaum, daß der Außenminister die Strapazen einer Reise nach Berlin nicht ertragen könne, wenn er glaube, an der Völkerverbundtagung teilnehmen zu können, die doch zwei oder drei Wochen dauere.

Die Verzögerung der Reise Briands und Lavals nach Berlin braucht keine Rechtfertigung der Lage zu bedeuten, da feste und konkrete Umänderungen weder vier Wochen früher noch später bei diesen Verhörungen zu erwarten sind. Sie können nur die Einleitung für eine Reihe weiterer Verhandlungen bilden, die dann auf diplomatischem Wege, und zwar eben durch den neuen Vorkanzler zu führen wären. Man hat viel darin gefunden, ob für die Berliner Verhandlungen ein festes Programm aufgestellt werden soll, oder ob man eine Festlegung auf bestimmte Verhandlungspunkte vermeiden wird. In und für sich ergibt sich die Richtung eines deutsch-französischen Meinungsaustausches eigentlich aus der Situation selbst, so daß es recht überflüssig erscheinen würde, ein Programm aufzustellen. Man kann in Berlin ein derartiges Programm nicht bestimmlt als die Probleme behandeln, die im Laufe der Jahre zwischen Berlin und Paris entstanden sind, man kann nur klären, mit welchen Mitteln die beiderseitigen Regierungschefs die für die Gesamtpolitik ihrer Länder verantwortllich sind, eine Annäherung in der nächsten

Zeit vorziehen wollen. Es würde diesem Prinzip des direkten Gedankenaustausches nicht entsprechen, wenn man, wie manche französischen Blätter immer wieder anführen, solche Staatsfragen, wie etwa die deutsch-französischen Zollunion oder ähnliches jetzt behandeln wollte. Die deutsch-französischen Zollunion ist auf dem Weg einer juristischen Behandlung vom Völkerverbundrat vertrieben worden, und es ist selbstverständlich, daß diese juristische Klärung zunächst einmal erfolgen muß. Soweit dieses Thema nach der Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichts überhaupt noch der Erörterung bedarf, kann sie in Genf stattfinden. Man ist bei dem deutschen Besuch in Paris einmütig zu verfahren, daß man sich gegenseitig die Wünsche und die Möglichkeiten erzählt hat, die im eigenen Lande erwogen werden. Man hat dabei dem Partner nicht auf jede Frage Antwort gegeben, sondern ihn zunächst nur angehört, um sich dann im eigenen Kreise ein Bild der weiteren Entwicklungsetappe zu machen. Das gleiche Verfahren wird nun wohl auch in Berlin angewandt werden müssen, wobei man den Vorteil hat, daß inzwischen diese Klärung der eigenen Wünsche weiter gediehen ist. Der französische Ministerpräsident wird Gelegenheit gehabt haben, die Gedankengänge, die ihm von deutscher Seite übermittelt worden sind, mit maßgebenden französischen Politikern durchzugehen, ebenso wie man in Berlin unter den maßgebenden Persönlichkeiten eine innere Klärung herbeigeführt hat. Ebenfalls muß das eine immer wieder festgestellt werden, daß im Mittelpunkt der Berliner Aussprache nicht etwa konkrete Finanzfragen stehen werden. Nach den Pariser und Londoner Verhörungen stand bereits fest, daß Deutschland in der Uebergangszeit zunächst mit eigenen Mitteln auskommen muß, und daran hat sich inzwischen nichts geändert. Die deutsche Sanierungsarbeit muß allen internationalen Verhandlungen, soweit sie sich nicht auf die Sicherung der noch vorhandenen Kredite beziehen, vorangehen. Im Mittelpunkt der Berliner Beratungen wird also die Politik stehen und die Finanzpolitik kann nur als ein Nebengebiet der großen politischen Fragen gelten, über die man eine Verständigung herbeiführen will.

Konkrete Spuren in Jüterbog.

Die weiteren Ermittlungsergebnisse zum Jüterbog Eisenbahnanschlag. — Bestimmte Spuren gefunden.

Jüterbog, 15. August.

Die Untersuchungskommission für das Jüterbog Attentat bearbeitet gegenwärtig einige ganz konkrete Spuren. Am Interesse der kriminalpolitischen Tätigkeit der Kommission wird jedoch im Augenblick noch nichts Näheres gelagt.

Nach Ansicht der Kommission stellt sich, daß es sich bei Jüterbog nicht um ein politisches Attentat handelt, wenigstens in bezug auf bestimmte politische Persönlichkeiten. Die Arbeiten zur Ermittlung des für das Attentat benutzten Sprengstoffs sind noch nicht abgeschlossen. Es dürfte jedoch kein Zweifel bestehen, daß es sich bei dem Anschlag um einen ziemlich frischen Sprengstoff handelt, und es wird angenommen, daß der Sprengstoff irgendwo gestohlen worden ist.

Der Verdacht verstärkt sich.

Der Kommunismus die Mörder der Polizeioffiziere?

Berlin, 15. August.

Wie von der Polizei mitgeteilt wird, befinden sich jetzt wegen der Ausschreitungen auf dem Bülowplatz insgesamt 28 Personen in Haft. In der Hauptphase handele es sich um die Kreise, aus denen in verschiedenen Stadtteilen die Morddrohungen gegen die Polizei laut geworden sind. Die Mitteilung, daß sich unter diesen Teilnehmerinnen ein Ausländer befindet, und zwar ein Russe, befindet, die die Ueberfälle auf die Polizei organisiert habe, wird von der Polizei bestritten. Es wird jetzt unterucht, ob zwischen den Urhebern der Morddrohungen mit den eigentlichen Mördern vom Bülowplatz eine Verbindung besteht.

Von den Verhafteten sind vier besonders verdächtig, an der Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lent beteiligt gewesen zu sein. Allerdings bedarf es noch umfassender weiterer Ermittlungen, um den Verdacht gegen diese vier, die die Tat hartnäckig leugnen, zu beweisen.

Polen und die Minderheiten.

Englische Stimme zur Vergewaltigung des Deutschen.

London, 16. August. „Manchester Guardian“ bringt einen Artikel seines Spezial-Korrespondenten, der erst



Zur Höher

Roman von Elisabeth Borchardt

86. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie hat jetzt ganz nahe herangetreten.“

„Können Sie mir nicht sagen, ob man zum Kloster hinaufgehen darf?“ fragte sie, froh, einen Anknüpfungspunkt gefunden zu haben.

„Je gangener nur,“ war die kurze, nicht besonders freundliche Antwort.

„Sind Sie vielleicht Herr Dominik Steiner?“ ging Ja jetzt gerade auf ihr Ziel los.

„Ja,“ antwortete der Bauer und hob ein wenig verwundert den Kopf.

„Man hat mir von Ihnen erzählt. Sie sollen eine große Sennerlei in Morfisch betreiben.“

„Das stimmt,“ antwortete er, „das geht durch die ganze Welt,“ antwortete er voll Stolz.

„Ich möchte wohl gern solche große Sennerlei kennen lernen. Wer verliert denn droben auf der Alm Ihre Senne?“

„Mei Tochter, mei Schwelster und der Senne.“

„So werde ich nächstens hinaufgehen. Ich interessiere mich für Butter und Käseherstellung hierzulande.“

„Sie hatte sich während ihrer letzten Worte ohne weiteres auf der Kant der Bauwirts in Steiners unmittelbarer Nähe niederzulassen, als beabsichtige sie, ihm noch ein Weibchen Gesellschaft zu leisten.“

Der Bauer sah sie darob ganz erstaunt an.

„Was fällt denn die ein?“ sagte kein Bild. Raum aber hatte er ihr Gefühl, das der Sennerlei nicht hätte, und das sich jetzt noch nicht niederlassen sollte, um ihm aufzuho, gehen, als ihm ein Ueberfallslaut entbrach.

„Sutra — die ich aber bildhafter“ dachte er bei sich, und ließ gab er seinem tiefinnersten Gedanken Ausdruck.

„So — so — für Butter und Käse — Sie sind nicht interessiere — so — so — so — Sie sind wohl weit von hier.“

„Ja — aus Berlin.“

„Aus Berlin — o — o — wie lang sind's denn g'reist hierher?“

„Zwei Tage.“

„Für zwei Tag?“

„Ja — heutzutage geht es schnell.“

„So, so man steht's an der Gottfarbdaan — die laufst ja so dahin, aber habe Sie — er meinte in Berlin — a jone Berg — wo hier?“

Dominik Steiner war ganz aufgetaut.

„Mein,“ erwiderte Ja amüsiert, „hätten wir die, würden wir vielleicht nicht in Ihr schönes Land kommen.“

„Was? Koane Berg?“ Aber wie könne Sie lebe ohne Berg?“

„Ja unterrediere mich länger ein heiligtiges Aufsehen.“

„Das kommt auf die Gewohnheit an, Herr Steiner. Nicht jedes Land ist in dieser Hinsicht so bevorzugt, wie die Schweiz, aber unser deutsches Land hat auch seine Reize und Schönheiten.“

„Ja loan mir's nit bene — ohne Berg.“

„Wir haben in manden Gegenden auch Berge, wenn auch nicht so hohe, wie hier. — Doch sagen Sie, Herr Steiner, haben Sie nur das eine Kind, oder denn Sie vorhin sprachen und das droben auf der Senne ist?“

„Ja, nur das eine.“ Der Vaterlos verlor plötzlich leicht. „Besicht, a bildhafter Dindl ist's, oder — aber — man hat a tel Kummer mit ihr.“

„O, warum denn?“ fragte Ja teilnehmend und innerlich frohlockend, daß sie den Alten endlich so weit hatte.

„Das ist a lange G'schicht,“ erwiderte Steiner und trugte sich den Kopf. Nach einigem Ueberlegen begann er dann umständlich zu erzählen, daß sein Köbel den reichen Kalpar Burger heiraten sollt, aber einen armen Schiffmann im Kopf habe und von dem Bue nicht lassen wollte, was er, der Vater, auch alles verlorlt habe, sie von ihm zu trennen.

„Aber lo waßt I der Dominik Steiner bin,“ sagte er nachdrücklich hinzu, „darum wird nit.“

„Sie werden Ihrem einzigen Kinde doch kein lo hartet Vater sein!“

„Hart? Nicht das hart, wenn i nur der Dinn ihr Beides will?“

„Soll i denn aufhau, wie mein Haus und Geld von einem verlan werde?“ — Tüt dem Hungerleider freit pass, i in de reiche Hof netzele — aber, do häit i 'vor noch a Weib mit' rede.“

Der Bauer war ganz aufgeregt und Ja beobachtete ihn eine Weile stumm.

„Wenn die Köbel ist aber doch nun einmal lieb hat?“ sagte sie dann.

„Lieb hot? — Liebe — was versteht denn lo a Rindstopp davon?“ Die muß sie füge in der Eltern Wille.“

„Nehmen Sie mit meine offenen Worte nicht abel.“

„Ein heller Schein leuchtete in ihren Augen, lo daß Steiner den Bild nicht von ihr lassen konnte.“

„Ich will Sie auch nicht beschließen,“ fuhr sie fort, „was geht es schließlich mich, die Fremde, an, ob Ihr Köbel unglücklich wird oder nicht?“ — Nur — wenn Sie selbst sich nachher nur keine Bormirre machen werden, wenn — es so läßt ist.“

„Ja häit?“ Der Bauer fuhr ordentlich in die Höhe.

„Nun nicht keine Reue mehr, das Bild des einzigen Kindes ist denn gerührt für immer — doch, nichts für ungut, Herr Steiner, ich habe mich getreut. Sie kennen zu lernen und danke auch noch einmal für die freundliche Auskunft. Also zum Kloster Inghausen darf wohl jetzt gehen?“ — Schön.“

„Nun Wiedersehen!“

„Sie würde ihm freundlich die Hand Steiner gab sie mechanisch, wie von einer höheren Macht gezwungen. Er brachte tief Wort heraus, solange er im Banne dieses klaren, forschenden Mädchenauges stand.“

Sobald Ja sich jedoch gewandt hatte und einige Schritte weitergegangen war, suchte es in seinem Hartnäckigen die sich.

„Satirisch's Teufelsweib!“ triebte er hallblaut zwischen den Zähnen, „was wollt's bei mir? — Wi bi Spill heile, made mit ihre. „In häit?“ — daß die der — nei, zu häit?“

„A Weib mit lone Auge, die einem in die See guckt — werd' nach Morfisch geh'n, daß i nit de Köbel, a beßt — das Teufelsweib, das —“ (Fortsetzung folgt.)

kürzlich an Ort und Stelle die Lage der deutschen Kinderheiden in Polen unterzucht hat.

Darin wird ausgeführt, daß Polen unter dem Agrarreformgesetz sich Verletzungen der Minderheitenverträge habe zufinden kommen lassen, was sich durch Beispiele belegen lasse, die zeigen, daß die polnische Agrarreform ungerecht durchgeführt werde, indem die deutschen Besitzer unvorbereitet mehr Boden abzutreten haben als die polnischen.

Bei ihnen werde das Gesamtareal einschließlich Wald und unfruchtbare Ländereien zur Grundlage der Aufteilung genommen, während die Errechnung des abzutretenden Teils in dem Fall, daß der Besitzer Pole ist, unter Ausschluß der Forsten, Wäldchen, Seide usw. erfolge. Ferner werde da, wo das Besitzen einer Milchviehhaltung, einer Zuckerrüben- oder einer Brennerei es erheische, daß der Besitzer mehr als das Minimum von 160 Hektar besessen werde, das zuzuführende Areal immer bemittelt, wenn der Eigentümer Pole sei, während es oft verweigert werde, wenn Deutsche Eigentümer seien.

Wenn ungerechte Diskriminierungen gegen nationale Minderheiten festgestellt sind, dann ist es von höchster Bedeutung, daß die Angelegenheit im Völkerbundsrat oder besser noch im Rat und in der Vollversammlung vorgebracht werde.

Danzig und Polen.

Strasburger entschuldigt sich.

Danzig, 15. August.

Amlich wird mitgeteilt:

Durch Vermittlung des hohen Kommissars des Völkerbundes, Grafen Gracina, sind inzwischen dem Präsidenten des Senats, Dr. Ziem, und dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen, Minister Dr. Strasburger, Erklärungen ausgetauscht in bezug auf das vor einiger Zeit der Öffentlichkeit mitgeteilte und vielfach erörterte Rücktrittsgebot Dr. Strasburgers, durch die eine Klarlegung der Umgehungsfälle herbeigeführt ist. Die hierbei von Dr. Strasburger abgegebenen Erklärungen haben es dem Präsidenten des Senats, Dr. Ziem ermöglicht, die seit jenem Vorfall unerschrockenen persönlichen Beziehungen zu Minister Strasburger wieder aufzunehmen.

Deutsche Tageschau.

Aproposentige Notendebatte?

Die Kapitalanlage der Reichsbank hat seit dem letzten Monats eine weitere beträchtliche Entlastung erfahren. Es ist damit zu rechnen, daß im Medio-Augustus der Reichsbank wieder eine Aproposentige Deckung der Noten durch Gold und Devisen erreicht oder sogar leicht überbieten wird. Analog der Entlastung auf Wechsel- und Scheckkonto hat sich auch der Notenumlauf weiter vermindert.

Wiedereröffnung der Börsen vorläufig noch zweifelhaft.
Es erscheint durchaus noch zweifelhaft, daß eine Wiedereröffnung der Börsen nach in diesem Monat stattfinden wird. Eine ministerielle Entscheidung ist nicht vor Montag, den 17. August, zu erwarten. Sogar in Kreisen des Ministeriums als auch von anderer Seite gehen wegen einer Börseneröffnung am 20. August noch Bedenken zu bestehen.

Handwerkerstreik beim Reichsanstalt.

Reichsanstalt Brüning hat den Reichsverband des Deutschen Handwerks davon unterrichtet, daß die vom Reichsverband beantragte Befreiung mit Vertretern der berufständigen Epigenorganisationen am Freitag, den 21. August stattfinden wird. Die Vertreter der handwerklichen Epigenverbände werden diese Ausrede zum Besten nehmen, die Wünsche des Handwerks zu einer Umgestaltung der Wirtschaft zum Vortrag zu bringen.

Nationalsozialist erschossen.

Nach der Stadterveröffentlichung in Simbach (Sa.) formellen sich auf den Straßen der Stadt größere Versammlungen an, wobei es zu Schlägereien und Mißhandlungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam. Hierbei wurden vier Personen schwer verletzt. Gegen 1 Uhr nachts wurde auf der Höhenlinie Straße ein in seine Wohnung zurückkehrender Nationalsozialist von bisher unbekannten Personen angegriffen. Der Schwerverletzte ist kurz nach seiner Einlieferung in das Stadtkrankenhaus verstorben.

Kauf deutsches Gemüse.

Wie aus Marzelle (Frankreich) berichtet wird, hat die nationale Vereinigung der Frühlings- und Südrückfrucht-Exporteure ein gemeinsames Schreiben an den Handelsminister Mallin gerichtet, in dem sofortige Maßnahmen zum Schutz der Exportinteressen verlangt werden. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Ausfuhr von Frühlings- und Südrückfrucht von Frankreich nach Deutschland. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Die französische Landwirtschaft kann nicht solange warten wie die Industrie, deren Erzeugung herabgesetzt werden kann. Wenn nicht innerhalb ganz kurzer Zeit die Ausfuhr der Bodenprodukte wiederhergestellt wird, so wird die französische Landwirtschaft einen schweren Schaden erleiden.“ Hierzu ist bemerkt, daß die deutsche Wirtschaft noch größeren Schaden hat durch die Einfuhr von Gemüse und Obst in der Zeit, wo deutsches Gemüse und deutsches Obst in ausreichenden Mengen, in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung steht. Da durch Regierungsmaßnahmen die Einfuhr nicht in dem erwünschten Maße gehindert werden kann, wird an die deutsche Staatsfuhre die Mahnung gerichtet, nach allen Richtungen die deutschen Erzeugnisse zu bevorzugen, damit das Gold für derartige Waren in Deutschland bleibt. Auf diese Weise wird auch der Finanztrieb wirksam entgegengewirkt.“

Waller nach Karlsbad abgereist. Der Neuperforer Bürgermeister J. Waller reiste von Berlin zu einem 14tägigen Aufenthalt nach Karlsbad. Anschließend wird er nach Südböhmen fahren.

Stadionelle jüdischer Arbeiter nach Italien. Dreihundert jüdische Arbeiter sind in Genoa eingetroffen. Sie haben sich zur Beschäftigung an Industrieanlagen nach Turin begeben.

Überreichung des fatalistischen Status. Das fatalistische Statut ist in einer letzten Sitzung der spanischen Regierung durch Präsident Macia überreicht worden.

Keine Lohn- und Gehaltssteuer in England. Schatzkanzler Snowden dementierte nachdrücklich die Meldung, daß er eine sieben- bis zehnprozentige Steuer auf Löhne und Gehälter erwäge.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 17. August 1931

*** Die Heide blüht!** Jetzt ist es soweit. Überall in in unseren heimatischen Wäldern hat das Heidekraut seine roten Blüten entfaltet und lockt den Wanderer zu beschaulicher Rast in dieser blühenden Blütenflut. Folgt seinem Ruch, genießt am Bodenende noch einmal den ganzen Zauber unserer schönen Heide. Und wenn Ihr zu bedenken mit nach Hause nehmt, seid hier nicht unbefriedigt: Wer nach Guch kommt, will sich ein wenig Freude haben!

Der „Münchener Tag für Blind“ hatte in unserer Stadt das erfreuliche Ergebnis von 91,18 RM. Allen freundlichen Gebern sei hierdurch herzlich gedankt im Namen der Blinden, denen diese Gabe zu gute kommt. Besonderen Dank sei hiermit den jungen Damen ausgesprochen, die das mühsame und anstrengende Geschäft des Sammelns freudig übernommen und durchgeführt haben: Fräulein Erna Vesjak, Lucie Vesjak, Helene Eitlich, Elie Gerber, Elfriede Stecher, Helene Theer, Amelie Thiene und Gertrud Weber. Allen, den Sammlerinnen und den Gebern, möge es aufs neue Freude gemacht haben, daß sie zur Ausrückung der Not haben helfen können an einer Stelle, wo viele Not besonders schwer empfunden wird.

* Vom Landjägerposten Bergwitz wird uns mitgeteilt, daß die im vorigen Herbst dem Gutsirr Döring-Bergwitz von seinem Felde zwischen Bergwitz und Remberg abhandeltommene Kariofeldschleuder nunmehr am Sonnabend wiedergefunden wurde. Sie war auf dem Wittigsdorfer Grundstück vergraben.

*** Das Spiel auf der Straße.** Nach einem Bericht des Statistischen Reichsamtes im Jahre 1928 wurden nicht weniger als 772 tödliche Unglücksfälle (550 Knaben und 222 Mädchen) von Kindern im Alter von 5-14 Jahren durch Leberfahren verursacht. Das bedeutet ein reichliches Drittel aller tödlich verunglückten Schulkinder (insgesamt 2099). Dem Verkehr mit Kraftfahrzeugen fielen allein 622 Kinder zum Opfer. Der Bericht weist ausdrücklich darauf hin, daß die meisten der tödlichen Unglücksfälle beim Spielen auf der Straße entstanden sind. Darum sei immer wieder auf die große Gefahr hingewiesen, die spielende Kinder auf verkehrsreichen Straßen ständig unläuft.

*** Deutsch sei dein Brot!** Auch Notzeiten können Gutes erwirken. Die Lasten der Zeit im Zusammenhang mit unserer Finanznot wieder in Erziehung. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ vom 16. Juli meldet, daß in der Zentralmarkthalle in Berlin am 14. Juli fast ausschließlich deutsche Lebensmittel gekauft wurden, weil die Holländer und Dänen für ihre Tomaten, Gurken, Eier, Butter usw. fast ausnahmslos keine Reichsmark annehmen wollten, sondern die Bezahlung in Devisen forderten. Dadurch waren die deutschen Händler, die sonst auch Ausländern gekauft hätten, genötigt, sich vollkommen mit den reichlich vorhandenen Lebensmitteln deutscher Herkunft einzudecken. Daß sich unser Staat nicht auf internationale politische und wirtschaftliche „Verzehrungen“ verlassen kann, ist wesentlicher Anlaß zu dem überhöhten Einbruch der Finanznot. Es ist nunmehr zu hoffen, daß auch dem letzten Deutschen die Augen aufgehen und die Einsicht Allgemeingut wird, daß eine gesunde Entwicklung unseres Vaterlandes nur auf dem Boden einer gelunden Nationalwirtschaft vor sich gehen kann und ein Volk nur dann innerlich erluchtet, wenn es sich vom fremden Geld und fremdem Gut frei macht und seine eigene Produktion stützt, in der Stadt und auf dem Land.

Sparmaßnahmen als wichtiger Kündigunggrund. Das Sächsisch-Oberverwaltungsgericht hat neuerdings entschieden, daß im Rahmen von Sparmaßnahmen der Gemeinden gegebenenfalls auch zur Kündigung künftiger Gemeindebeamter geschritten werden könne. Diese Entscheidung ist für alle Gemeinden von grundsätzlicher Bedeutung. Das Oberverwaltungsgericht hat in den Entscheidungsgründen darauf hingewiesen, daß es schon wiederholt grundsätzlich anerkannt habe, daß die ungenügende Wirtschaftslage der Gemeinden und die deshalb notwendige Einschränkung der Gemeindeausgaben im Einzelfall ein wichtiger Grund zur Kündigung von Beamten sein könne. An diesen Entscheidungen werde festgehalten. Nach dem grundsätzlichen Standpunkte, den der Senat eingenommen habe, müsse anerkannt werden, daß die folgerichtig durchgeführte Nichtwiederbelegung freier werdender Stellen von Beamten und Angestellten und die Kündigung künftiger Beamter geeignete Maßnahmen zur wirksamen Einschränkung von Sparmaßnahmen sein können. **Elben, 14. Aug.** Die Deutscheranleihe hat in der hiesigen Gegend wie jetzt feststeht, etwa 1000 Morgen Vieles gänzlich vernichtet. Von einem Grasbruch ist auf den betroffenen Stellen überhaupt nichts mehr zu sehen. Dieser Tage fanden zwischen Landrat Dr. Niese, Vertretern der Verbandsanstalt der Landwirtschaftskammer in Halle und der Wirtschaftsstabsstelle in Jena noch einmal eingehende Verhandlungen und eine Besichtigung der vernichteten Weiden statt. Die nächste Aufgabe muß sein, das für die Benutzung der Verdrängungsmittel nötige Geld zu schaffen, das von den Landwirten allein nicht aufgebracht werden kann.

Manekartipetrotz für missdeutsche Straßenarbeiter allgemeinverbindlich.

Durch Entscheidung des Reichsarbeitensamters ist der Reichsmanekartipetrotz für die Straßenarbeiter und handlichen Straßenarbeiter Mitteldeutschlands nebst Protokoll-Erklärung in der Fassung vom 4. April rückwirkend ab 1. August für den Bereich der Freistaaten Anhalt und Braunschweig und der Provinz Sachsen für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Wirtschaftsnot treibt in den Tod.
Querfurt. Der Kaufmann Karl Kleinau, Inhaber eines optischen Fachgeschäftes, hat sich erhängt. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er die Tat wegen wirtschaftlicher Sorgen begangen hat.

Wer steckt das Kaufhaus in Brand?
Der Geschäftsinhaber vom Verdacht freigesprochen.
Sangerhausen. Das Nordhäuser Schwurgericht verhandelte hier den Brandmittlungsprozess Ziemer. Der Angeklagte, Paul Ziemer, Inhaber des Modchhauses in Sangerhausen, war beschuldigt, in seinem Geschäft einen Brand angelegt zu haben, um sich mit Hilfe der Ver-

versicherungsleute über finanzielle Schwierigkeiten hinwegzusetzen. Der Verdacht der Brandstiftung war aufgenommen, weil außer dem eigentlichen Brandherd eine zweite Brandstelle vorhanden war, für deren Entzünden keine Erklärung gefunden wurde, auch wollten die Versicherungsgesellschaften Spuren von Spiritus gefunden haben.

Zu dem Prozess wurden 49 Zeugen und drei Sachverständige geladen. Die Beweisaufnahme fiel jedoch zu Gunsten des Angeklagten aus. Es wurde festgestellt, daß sich zur fraglichen Zeit eine in der Kammer Ziemer auf dem Hofe des Grundstücks in verdächtiger Weise zu schaffen gemacht hatte. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und drei Monaten, während der Betriebsleiter auf Freispruch plädierte. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Mühlhausen i. Thür. Todbringendes Ferngas. — In der bei Ferngas verlorbenen Ortschaft Göttern a. M. vergiftete sich ein Einwohner durch Einatmen von Leuchtgas. Das Motiv der Tat ist in wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. In dieser Woche haben sich nun schon drei Todesfälle durch Gasvergiftung ereignet.

Anglist in der Kurve fordert Todesopfer.
Augsleben. Auf der Landstraße Augsburg-Leisten fuhr der Wagen eines Bierverlegers und Mineralwasserfabrikanten aus Augsburg an einer kleinen Kurve zu weit nach links und gegen einen dort befindlichen Bordstein und stieß mit zwei entgegenkommenden Radfahrern zusammen. Einer von diesen wurde durch den Anprall in den Straßenrand geschleudert, während der andere mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe fiel und auf dem Steuerrad liegen blieb. Beide Radfahrer, zwei Wanderbüchsen, haben schwere Knochenbrüche und Schädelverletzungen davongetragen. Der Schwerverletzte, ein Schloßer aus Breslau, ist bald danach gestorben.

Industrieabwasser vergiftet die Fischfische.
Uebigau (Kr. Liebenwerda). Das Fischsterben in der Schwarzen Elster nimmt von Jahr zu Jahr mehr zu. Der Fischbestand hat bereits ganz erheblich abgenommen. Die Hauptursache hieran schiebt man der Zellulose-Industrie in Sadjan zu. Auch die benachbarten Wasserläufe, die Elsterwasser erhalten, haben seit langem unter Fischsterben zu leiden.

Sparprogramm des Magistrats in den Hauptpunkten abgelehnt.

Zwangset droht!
Magdeburg. Auf der Tagesordnung der Ferienleitung der Stadträte stand die Beratung des 4-Millionen-Defizits. Die Rechtsfraktion ließ durch ihren Sprecher erklären, daß die für den Etat pränotifizierten Parteien die alleinige Schuld an den zu spät getroffenen Maßnahmen tragen müsse. Die Rechtsfraktion habe sich der Stimme enthalten.

Oberbürgermeister Reuter erklärte, daß das Millionen-Defizit auf jeden Fall gekommen wäre, welche Etatpolitik auch hätte betrieben werden können. Es wäre zu bedauern, wenn die Stadträte durch den Anprall in den Magistrat bei seiner Sanierungsarbeit im Stille ließe. Der Magistrat werde dann gezwungen sein, sich an die Aufschlagsbehörde zu wenden und es wäre durchaus möglich, daß es dann zu noch schärferen Streichungen kommen würde.

In der Abstimmung wurden die Entschuldigungen des Magistrats von 480 000 Mark und die Festsetzung der Unterhaltungsrichtlinien um zehn Prozent von den Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei bei Stimmhaltung der Rechtsfraktion zur Kenntnis genommen. Die Verdrängung der Bürgersteuer, ein Hauptpunkt des Sparprogramms des Magistrats, wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Die Theatervorlage, die einen Betrag von 855 000 Mark vorlegt, wurde bei Stimmhaltung der Rechten von den Sozialdemokraten und der Staatspartei angenommen. Das Arbeitsbeschäftigungsprogramm über 307 000 Mark fand einstimmige Genehmigung.

Die Aufräumungsarbeiten bei Jüterbog beendet.
Halle (Saale). Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle bei Jüterbog sind gestern beendet worden. Bis 13 Uhr wurde der zugewiesene Betrieb wieder aufgenommen, vorläufig mit vermindertem, von heute ab voraussichtlich mit voller Beschwindigkeit. Die Arbeiten sind in fünf Tagen unter Zuhilfenahme von zwei schweren Kränen zu je 60 Tonnen Tragfähigkeit erledigt worden.

Bankrott in Halle.
Halle. Das alte hallische Bankhaus S. Schönitz hat am Sonnabend die Zahlungen eingestellt. Die Insolvenz steht, wie wir erfahren, im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch verschiedener industrieller Firmen sowie damit, daß infolge von Zahlungsschwierigkeiten mehrerer Banken in den letzten Monaten stärkere Geldabzüge zu verzeichnen waren. Über den Status läßt sich im Augenblick noch nichts sagen.

Messerüberfall eines einlassenen Patienten.
Görlitz. Die Oberin des Gabelnzer Krankenhauses ist in dem Korridor des Schwefelbades von einem jungen Mann überfallen und mit einem Messer im Gesicht und an den Händen schwer verletzt worden. Es gelang dem Täter zu entkommen. Nach der Anfrucht jüngster Schwefelbäder handelt es sich um einen früheren Patienten des Krankenhauses namens Lorenz Zavel, der am 6. August aus dem Krankenhaus entlassen worden war. Was ihn zu der Tat veranlaßt hat, ist noch nicht bekannt.

Zwei Unteruchungsgesangene entflohen.
Treuen (Kr. Zwickau). Aus dem hiesigen Gerichtsgebäude sind die Unteruchungsgesangenen Wilhelm Schneider und Drefel aus Unterlauertal entflohen, nachdem sie dem Hauptaufsehermeister Wilhelm die Türschlüssel entzogen und die Gefängniswärter, der den Schlüsselverbrecher Drefel festhalten wollte, niederschlugen und schwer verletzt hatten.

Die Briefe der Krankeninspizoren.
Leipzig. Vom Untersuchungsrichter ist nunmehr der Brief, den die Krankeninspizoren Flora Müller an den städtischen Finanzdezernenten Stadtrat Dr. Böhmegerichtet hatte, geöffnet worden; jedoch gibt dieser Brief entgegen den Angaben der Schreiberin keinen Aufschluß über die Motive der Tat, sondern er enthält lediglich allgemeine Äußerungen darüber, daß man sich beim Vernehmen zu wenig der Beschwerden der Krankeninspizoren bedacht hat. Oberin des Krankenhauses El. Salsch gegenüber angenommen habe. Über die tiefere Gründe der Tat und über den geistigen Zustand der Müller vermag nur ein von ihr bereits am Sonnabend gerichteter Brief an ihre Mutter Aufschluß

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er scheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Kaminmanns Sonntagblatt" und "Mittleres Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,35 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,55 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petzseite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagensgebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 97

Dienstag, den 18. August 1931

33. Jahrg

Der Tischler Franz Büniger in Kemberg beabsichtigt, außerhalb der im Zusammenhange gebauten Stadt Kemberg, und zwar am Wege von Kemberg nach Vergau auf dem Grundstück Kartenblatt 3, Parzelle Nr. 84, ein Einfamilienwohnhaus zu errichten und hat die nach § 13 des Gesetzes vom 10. August 1904 erforderliche

Anfielungsgenehmigung

beantragt. Diesen Antrag bringen wir mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß hiergegen von den Eigentümern, Nutzungen, Gebrauchsberechtigten und Nachbarn der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Auschlussfrist von 21 Tagen beim Kreisarchiv in Wittenberg Einpruch erhoben werden kann. Der Einpruch ist durch Tatsachen zu begründen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Anfielung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Fortwirtschaf, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Kemberg, den 17. August 1931.

Der Magistrat.

113

Wo liegt des Uebels Grund?

Wo liegen die Gründe der gegenwärtigen Krise? Bisher herrschte in weiten Kreisen der Öffentlichkeit die Meinung, daß der Anstieg der Wirtschaftskrise aus der Nationalisierung herrühre, die die Möglichkeit vergrößerter Produktion geschaffen habe, ohne daß sich die Warenpreise mit der notwendigen Elastizität vermindert hätten. So sei ein Warenüberfluß und demzufolge eine Abfallproduktion, eben die Krise entstanden. Diese weitverbreitete Meinung wird von dem *Journal of Economic Literature* mit schärfster Prägnanz aufgenommen und insbesondere nimmt die sozialistische Presse Veranlassung, energig gegen die Privatwirtschaft vorzugehen und ihr Fehlfunktionen vorzuwerfen. Es ist demgegenüber von ganz besonderem Interesse, daß das Reichsanwaltliche Institut für Konjunkturforschung in einem Sonderheft außerordentlich schwerwiegende und ihrer Neuartigkeit wegen beinahe sensationelle Feststellungen über die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise veröffentlicht, Feststellungen, mit denen sich offensichtlich die Öffentlichkeit ausgiebig beschäftigen wird.

Das Institut für Konjunkturforschung weist die oben behauptete Auffassung, daß die Nationalisierung in erster Linie an der Krise Schuld trage, mit aller Entschiedenheit zurück. An der Hand einer ausführlichen Statistik legt es dar, daß in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt 42 Milliarden der deutschen Wirtschaft investiert worden sind, für Lagerbau, Vergrößerung der Anlagen und für Zwecke der Nationalisierung. Es ist besonders bemerkenswert, in dieser reichhaltigen Statistik das Zuständnis zu erhalten, daß beim wesentlichen Teil dieser Investitionen, bei der Vergrößerung der Anlagen die Privatwirtschaft nur mit 30 Prozent, die öffentliche Wirtschaft aber mit 70 Prozent beteiligt gewesen ist. Die Krise ist praktisch dadurch hervorgerufen worden, daß nur diese 42 Milliarden, die in den Jahren 1928 bis 1930 durch je 10 bis 12 Milliarden ergänzt worden sind, nicht aus eigenen Mitteln aufbringen konnten, sondern für ein Drittel dieser Summe ausländische Kredite, zum Teil kurzfristigen Art, in Anspruch nehmen mußten. Wären wir jetzt zurück, so würden wir zugeben müssen, daß bei vorrätiger Wirtschaftspolitik jener Teil der Reinvestitionen, der nur durch den verhängnisvollen Auslandspumpe aufgebracht werden konnte, vermeidbar gewesen wäre. Wir hätten dann nicht nur eine private Zinslast von mehr als 2 Milliarden jährlich zollt, die wir bekanntlich außer den Reparationen an das Ausland zahlen müssen, sondern wir hätten auch niemals in die jetzige Katastrophe gelangen können, die ja fast ausschließlich auf die Schwierigkeiten der kurzfristigen Auslandsverpflichtungen zurückzuführen ist. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß die Hauptschuld an dieser Investitionsnot die öffentliche Wirtschaft trägt, die in den letzten Jahren mit verhängnisvollem Optimismus aus dem vollen Säckel des überfließenden internationalen Kapitalmarktes heraus die Anleihen genommen hat. Und hier sind es vor allem die großen Gemeinden, die den Hauptanteil der Schuld tragen. Wären für die Fehler, die gemacht worden sind, müssen selber die Kräfte der Armen, nämlich die Wohlfahrtsvereine.

Schmerzlich ist es, wenn diesen unaufrichtbaren Lasten gegenüber die Behauptung aufgestellt wird, daß alle Mißerfolge in der Festinvestition der öffentlichen Wirtschaft, gemessen an den Vorzügen der Privatwirtschaft verschwindend gering sind. So bedauerlich die Vorgänge bei Nordwolle sind, so schmerzlich der Zusammenbruch der Danabank sein mag, so geht es doch nicht an, aus diesen vereinzelten Erscheinungen allgemeine Schlüsse zu ziehen. Aber gerade bei den bedauerlichsten wirtschaftlichen Katastrophen der letzten Zeit ist die Privatwirtschaft in keiner Weise beteiligt. Wo könnte man z. B. bei den Schwierigkeiten der Danabank der Rheinprovinz, die mit ihren übermäßig erteilten Kommunalanleihen eingetroffen ist, irgendeinen Zusammenhang mit der Privatwirtschaft

herstellen? Ebenso unmöglich ist es, die Zahlungsschwierigkeiten der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, in der die Verkehrsbetriebe der Stadt Berlin zusammengefaßt sind, der Privatwirtschaft zur Last legen. Dieser Illiquiditätsfall ist für die von der öffentlichen Hand betriebene Politik besonders kennzeichnend. Durch übermäßige und vor allem unrentable Bauten ist die Berliner Verkehrs-Gesellschaft am 15. Juli außerstande gewesen, den an diesem Tage fälligen kurzfristigen Kredit in Höhe von 167 Millionen Reichsmark dem von der Danabank geführten Konjunkturmärkten zurückzahlen. Da die Umwandlung vieler Verbindlichkeiten in eine langfristige Anleihe als gelöst ist, wird sich dieses öffentliche Verkehrsunternehmen der Gläubigerkontrolle unterwerfen und ein bestimmtes Abzahlungsprogramm auf sich nehmen müssen. Da aber die hierfür fälligen Beträge aus dem laufenden Betrieb der VVG keinesfalls herbeigewirtschaftet werden können und eine weitere Erhöhung der bereits überpannten Tarife unmöglich ist, wird der Stadt Berlin wohl nichts anderes übrig bleiben, als diese Raten mehr oder weniger aus eigener Tasche zu bezahlen, d. h. der Gesamtheit der Steuerzahler aufzubürden. Hier, wie bei der Danabank der Rheinprovinz hat der ungeduldige Optimismus der Gemeinden eine Schwundwirtschaft hervorgerufen, die in aller erster Linie die gegenwärtigen Finanzverhältnisse hervorgerufen hat. Aus dem aufgeblähten kommunalpolitischen Apparat mit seinem ständig erweiterten Aufgabenkreis, dessen Finanzierung heute unmöglich geworden ist, sind zweifellos noch erhebliche Wirtschaftsschwierigkeiten zu erwarten.

Es ist nach alledem klar, wo die Wege der Rettung in unserer gegenwärtigen nicht leichten Lage zu suchen sind. Sie liegen nicht in einer öffentlichen Kapitalkontrolle, sondern sie liegen lediglich in einer systematischen Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und der öffentlichen Ausgaben. Nur auf diesem Wege können die Erparnisse gemacht werden, die notwendig sind, um die Krise zu überwinden.

Die allgemeine Finanzmiser.

Dietrich vor der Deutschen Staatspartei.

Berlin, 16. August

Auf einer Tagung der Deutschen Staatspartei nahm Reichsfinanzminister Dietrich als Vortragsführer das Wort, um in nahezu zweistündiger Rede einen großen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Wochen und Monate zu geben. Er behandelte die Entwicklung der Reparationsfrage, die Krise im Bankwesen und die Finanzmiser, in die das Reich, mehr noch aber die Länder und Gemeinden, getommen sind. In der Reparationsfrage ist die Reichsregierung von vornherein entschlossen gewesen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ein solcher Entschluß hat bereits vor der Unterredung in Chequers bestanden, und zwar handelte es sich damals noch darum, die Bestimmungen auf Grund des Young-Planes auszuführen. Gleichzeitig aber mußte es das Bestreben sein, fremde Beschränkungen zu vermeiden. Die weitere Entwicklung hat alsdann dazu geführt, daß nicht die Schuldner die Initiative zu ergreifen brauchten, sondern daß die Gläubiger die Lage erkannten. So entstand der Plan Hoover's, und durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls ist auch noch außen und formell sichtbar zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland in diesem Jahre mit Reparationen

den und 1931 6,1 Milliarden betragen, um rund 550 Millionen herunterzuschrauben können, obwohl gleichzeitig die Reichsausgaben für die Arbeitslosen um 840 Millionen gesteigert wurden. Wenn die Länder und Gemeinden die Einfielung der Beamten und Angestellten entsprechend dem Reich vorgenommen hätten, so würde eine wesentliche Erleichterung schon eingetreten sein. Wenn die politischen Ausgaben nicht seit 1928 in der angegebenen Weise gestiegen wären, dann hätte das Reich seine Ausgaben über 20 Prozent vermindert.

Wenn die Gemeinden ihre Ausgaben um 10 Prozent abgehebt hätten, dann wäre in vielen Gemeinden das Defizit beseitigt worden.

Wenn jetzt eine Reichshilfe für die Gemeinden verlangt würde, so sei eine Erklärung dazu im gegenwärtigen Augenblick sehr schwierig, weil wir noch unter den Nachwirkungen der Geldkrise stehen und nicht wissen, wie sich die Steuereinnahmen in den nächsten Monaten entwickeln werden. Anläufe der Erparnisse der Reparationen sind es aber vielleicht möglich sein, den Gemeinden, die eine besonders schwere Last durch die Wohlfahrtsvereine zu tragen hätten, zu helfen.

Reichsfinanzminister Dietrich schloß seine Ausführungen mit der Betrachtung der gegenwärtigen immopolitischen Lage. Die Rede fand lebhaften und einmütigen Beifall der Versammlung.

Nach dem Reichsfinanzminister Dietrich schilderte der preußische Finanzminister Höpfer-Wischoff am preußischen Beispiel die Lage der Länder.

Die Erleichterung der Erntebewegung.

Weizenerport gegen Ausfuhrsteine. — Magazinierung von Roggen.

Aus den für die vom Reichsamt beschiedenen Maßnahmen zur Bewegung und Finanzierung der Getreideernte Ausführungsbedingungen bevor, aus denen folgendes hervorgeht:

Zur Förderung der Bewegung der Weizen ernte wird der Export bis zum 31. Dezember d. J. gegen Erteilung von Ausfuhrsteinen ermöglicht, die zum Reimpart zu einem Zollfuß von zwei Reichsmark je Doppelzentner berechnen. Die zur Ingangnahme des Ausfuhrsteines notwendige Festsetzung der Vermarktungsquote auf 97 Proz. ist für das ganze Jahr festgelegt.

Dabei ist vorgehen, daß Austauschweizen bis zu 27 Prozent im Rahmen dieser Vermarktungsquote verwendet werden kann. Den an der Verwendung von Austauschweizen interessierten Mähen ist somit bis zum 31. Dezember 1931 die Möglichkeit gegeben, durch den Export der entsprechenden Menge Inlandweizen sich Ausfuhrsteine in dem gewünschten Umfang zu beschaffen.

Da eine anderweitige Verbringung mit Auslandsweizen nicht zugelassen ist, wird die Regelung des Austauschgeschäfts und der Vermarktungsquote den im Interesse der Erntebewegung notwendigen Anreiz zur rationmäßigen Entlastung des inländischen Weizenmarktes durch Ausfuhr zu schaffen. Die Neuregelung des Vermarktungsmannes tritt am 16. August, die Ausfuhrregelung mit Rückfrist auf die technischen Durchführungsbedingungen am 24. August in Kraft.

Bei den Sondermaßnahmen für die Bewegung der Weizen ernte steht die staatliche Magazinierung einiger hunderttausend Tonnen Roggen im Vordergrund. Die hierfür notwendigen finanziellen Voraussetzungen sind durch Übernahme einer entsprechenden Reichsgarantie und in Verhandlungen mit den Banken geschaffen.

Europas Zukunft.

Brüning verlangt Preis- und Laubau.

London, 16. August.

Reichsfinanzminister Brüning gehörte dem englischen Journalisten Ward Price eine Unterredung, in der er sich über die Entwicklung Europas wie folgt äußerte:

Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Ich schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas sobald wie möglich zusammenkommen, um die Festlegung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzung falscher Wettbewerbs-industrieller und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern.

Schließlich würde ich gerne internationale Besprechungen zur Regulierung der hohen Zölle setzen, und ich freue mich sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist. Ich habe bereits private Besprechungen über derartige Dinge mit dem Premierminister von Großbritannien und Italien gehabt. Ich kann inbezug darüber nicht mehr sagen, bis ich eine Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Premierminister zu besprechen.

Von überragender Notwendigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben.

Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes westeuro-

